

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

fassungs- und hilflos mussten wir zusehen, wie erneut niederträchtiger Terror mitten in Europa zuschlägt. Dass uns die Anschläge in Paris stärker beunruhigen als der Anschlag in Beirut am Tag davor, ist zwar falsch, aber menschlich verständlich – liegt doch Paris quasi vor unserer Haustür, mitten in Europa. Paris hat den willkürlichen Terror mit einem Schlag direkt zu uns gebracht. Die Anschläge sind ein gezielter Angriff auf unsere Gesellschaft und unsere Lebensweise. Spätestens das abgesagte Fußballspiel in Hannover macht endgültig klar, dass die Gefahr auch bei uns in Deutschland sehr real ist.



Der Terror von Paris macht aber angesichts der aktuellen Fluchtbewegungen und der vielen hier ankommenden Menschen dramatisch klar, wovor diese Menschen fliehen, nämlich genau vor dem Geist und der Realität dieses Terrors, der in Syrien und im Irak schrecklicher Alltag ist. Und dass wir ihnen Schutz und Hilfe nicht verweigern dürfen. Wir werden es nicht zulassen, wenn jetzt die Anschläge dazu missbraucht werden, das Asylrecht zu verschärfen und gegen Flüchtlinge zu hetzen – wie es jetzt einige tun.

Denn wie es aussieht, entsteht der Terror ja gerade hier bei uns mitten in Europa, am Rand unserer Gesellschaften. Wirksame und nachhaltige Terrorismusbekämpfung muss bei den Ursachen ansetzen. Wir müssen alle, die hier leben, in unsere Gesellschaft integrieren und allen eine Perspektive geben. Das gilt auch für die Flüchtlinge. Die Aufnahme und Integration der vielen Menschen ist eine gewaltige und schwierige Aufgabe. Ich habe äußersten Respekt vor allen, die sich vor Ort um die Flüchtlinge kümmern, sei es haupt- oder ehrenamtlich.

Der Terror ist uns auf brutale Weise näher gekommen. Wir dürfen aber nicht unser gesamtes Handeln und Denken davon bestimmen lassen. Denn genau das ist es, was die Terroristen erreichen wollen. Deshalb sind selbstverständlich auch alle anderen politischen Themen weiterhin wichtig, mit denen wir uns in dieser Südwestgrün-Ausgabe befassen. Die Beiträge sind vor den Anschlägen von Paris entstanden. Aber, wie gesagt: das sollte keine entscheidende Rolle spielen.

Ich wünsche uns allen eine möglichst friedliche Vorweihnachts- und Weihnachtszeit!

KERSTIN ANDREAE

Investition und Integration **2**

FRANZISKA BRANTNER

Grundwerte in Gefahr:
Es braucht Kontrollinstrumente **4**

AGNIESZKA BRUGGER

Flüchtlingspolitik
mit Herz und Verstand **6**

HARALD EBNER

Glyphosat-Notbremse, Agrar-
Konferenz, Gentechnik **8**

MATTHIAS GASTEL

Schienenlärm, Bundesverkehrs-
wegeplan, Bahnofsqualität **10**

SYLVIA KOTTING-UHL

Gemeinsam gegen die Klimakrise:
Klima der Gerechtigkeit **12**

CHRIS KÜHN

Unsere Verantwortung: Men-
schenwürdige Unterbringung **14**

BEATE MÜLLER-GEMMEKE

Frauen verdienen mehr **16**

CEM ÖZDEMİR

Wahlen in der Türkei: Macht-
erhalt vor Meinungsfreiheit **18**

GERHARD SCHICK

Betrügereien am Finanzmarkt
(Cum-Ex) **20**

SERVICE

Betreuungswahlkreise,
Impressum **22**



KERSTIN ANDREAE

STELLVERTRETENDE FRAKTIONSVERSTANDSPRÄSIDENTIN

WWW.KERSTIN-ANDREAE.DE

Tel. 030 / 227- 71480, Fax 030 / 227- 76481, kerstin.andrae@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg
Tel. 0761 / 8886713, Fax 0761 / 8886714, kerstin.andrae@wk.bundestag.de

INVESTITION UND INTEGRATION

In den laufenden Haushaltsberatungen werden die politischen Weichen für das kommende Jahr gestellt. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte sehen weiterhin gut aus. Deutschland kann es finanziell stemmen, die gestiegenen Flüchtlingszahlen aufzunehmen und zu versorgen, auch ohne neue Schulden aufzunehmen. Das hat die aktuelle Steuerschätzung gezeigt und zu diesem Ergebnis kommt auch das Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Flüchtlinge sind keine Bedrohung unseres Wohlstands. Sie können Deutschland zukunftsfähiger und wirtschaftlich dynamischer machen, wenn ihre schnelle Integration jetzt entschlossen angegangen wird.

GRÜNE FORDERN

TATKRÄFTIGE HAUSHALTSPOLITIK

Flüchtlinge, die den schweren und gefährlichen Weg nach Deutschland geschafft haben, brauchen unsere Unterstützung. Die Versorgung und Förderung von Flüchtlingen muss ausreichend finanziert werden. Das von der Regierung bisher in Aussicht gestellte Paket zur Entlastung der Kommunen reicht nicht aus. Auch bei den direkten Bundesleistungen in Form gesetzlicher Sozialleistungen, spezifischer Sprach- und Integrationsprogramme sowie bei der Ausstattung der Jobcenter braucht es endlich realistische Mittel. Wir zeigen, dass es geht. Durch unsere Spar- und Strukturvorschläge können wir im Bundeshaushalt 2016 rund 4 Mrd. Euro mehr für Flüchtlinge bereitstellen, als die große Koalition.

GRÜNE FORDERN

INVESTITIONSOFFENSIVE

Wir brauchen jetzt eine Investitionsoffensive, die auch die Integration der Flüchtlinge in den Blick nimmt und Perspektiven schafft. Nachdem seit Jahren Investitionen ausbleiben, der Werteverzehr zunimmt und das öffentliche Nettovermögen praktisch bei null liegt, ist es überfällig in die Infrastruktur, in die soziale Wohnraumförderung, in die Köpfe und einen guten Arbeitsmarktzugang zu investieren. Das hilft sowohl denjenigen, die vor Krieg, Tod und Verfolgung fliehen und sich in Deutschland ein neues Leben aufbauen wollen, als auch denjenigen, die hier geboren oder aufgewachsen sind.

GRÜNE FORDERN BÜNDNIS FÜR INTEGRATION

Schnelle und passgenaue Qualifizierung sind der Dreh- und Angelpunkt für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt. Das ist eine Riesenaufgabe. Hier müssen Politik, Unternehmen und Gewerkschaften eng zusammen arbeiten. Wir fordern die Bundeskanzlerin auf, ein Bündnis für Integration zu schmieden und alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen. Wir brauchen jetzt flexible, rechtssichere und lebensnahe Lösungen: So muss Wirtschaftsminister Gabriel seinen Widerstand gegen die Aufhebung der Vorrangprüfung aufgeben. Sie hat keinen praktischen Nutzen, bindet aber kostbare Kräfte in der Verwaltung. Die Union muss mehr Rechtssicherheit für den Aufenthalt von Auszubildenden zulassen. Für die Dauer ihrer Ausbildung und zwei weitere Jahre sollen junge Asylsuchende und Geduldete eine gesicherte Aufenthaltserlaubnis bekommen. Löhne für Flüchtlinge unter der Mindestlohngrenze, wie verschie-

INVESTITION UND INTEGRATION



dentlich diskutiert, sind allerdings kein tauglicher Vorschlag, sondern schaffen einen Zwei-Klassen-Arbeitsmarkt und schüren Vorbehalte. Gründungen können ein wichtiger Weg für Migranten sein, sich eine selbständige Existenz aufzubauen. Dafür sind bessere Rahmenbedingungen nötig. Wir fordern einen One-Stop-Shop für Gründer, wo alle Formalitäten an einer Stelle erledigt werden können. Das würde viele bürokratische Hürden senken und Gründungen deutlich erleichtern und beschleunigen.

AUTOMATISCHER INFORMATIONSAUSTAUSCH ZU KONTENINFORMATIONEN ENTZIEHT ABGELTUNGSSTEUER DIE GRUNDLAGE

Die Abgeltungsteuer gilt seit 2009, z.B. für Zinsen von Sparbüchern, für Dividenden und für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien. Sie beträgt einheitlich 25 Prozent und liegt damit weit unter dem Spitzensteuersatz von 42 Prozent, der beispielsweise ab einem Arbeitseinkommen von ca. 53.000 Euro gilt. Mit dieser Steuerbegünstigung sollte vor allem der Steuerflucht von Kapitaleinkommen entgegen gewirkt werden, denn es gab keine effektive Kontrolle der Finanzbehörden über die erzielten Zinsen oder Dividenden, insbesondere nicht im Ausland. Dem entsprach auch das oft zitierte Bonmont des damaligen Finanzministers Steinbrück, lieber 25 Prozent auf x als 42 Prozent auf nix an Steuern vereinnahmen zu wollen. Doch das hat sich geändert. Der Bundestag hat kürzlich einen automatischen Informationsaustausch zu Konteninformatoren beschlossen. Ab 2016 wird Deutschland zum einen Informationen über deutsche Konten an betreffende ausländische Staaten melden. Zum anderen erhalten die

deutschen Finanzbehörden automatisch sämtliche Informationen über ausländische Konten von in Deutschland ansässigen und steuerpflichtigen Personen. Eine effektive Besteuerung von Kapitalerträgen ist damit schon jetzt gesichert, auch ohne Abgeltungsteuer. Das Thema Steuerflucht reicht für eine verfassungsfeste Begründung der Abgeltungssteuer nicht mehr aus. Grüne fordern Abgeltungssteuer jetzt abschaffen

Ein aktuelles Gutachten für die grüne Bundestagsfraktion kommt dementsprechend zu dem Ergebnis, dass die Abgeltungsteuer spätestens jetzt verfassungswidrig ist. Angesichts dessen sehen wir Handlungsbedarf. Noch in dieser Wahlperiode sollten Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne wieder ganz normal mit der Einkommensteuer besteuert werden, so wie Löhne und Gehälter auch. Für Kleinsparer ändert sich dadurch nichts, der Sparerfreibetrag schirmt ihre Zinsen ab. Für Aktionäre wird bei allen Dividenden und Veräußerungsgewinnen berücksichtigt, dass die zugrunde liegenden Gewinne im Unternehmen bereits besteuert wurden und ihre Werbungskosten sind wieder abziehbar. Auch das entlastet kleine Einkommen und führt im Spitzensteuerbereich zu moderaten Mehrbelastungen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits einen Positionswechsel vollzogen und fordert seit einiger Zeit nun auch die Abgeltungssteuer abzuschaffen. Selbst Finanzminister Schäuble hat sich dafür ausgesprochen. Aber die Schlacht ist erst halb gewonnen. Schäuble will nämlich erst nach der Wahl 2017 handeln. Das werden wir nicht akzeptieren, denn die Abgeltungssteuer ist nicht nur verfassungswidrig sondern zudem ungerecht und auch wirtschaftspolitisch fragwürdig.



DR. FRANZISKA BRANTNER

SPRECHERIN FÜR KINDER- UND FAMILIENPOLITIK

WWW.FRANZISKA-BRANTNER.EU

Tel. 030 / 227-73096, Fax.030 / 227-76094, franziska.brantner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Poststraße 18-20, 69115 Heidelberg

Tel. 06221 / 9146620, franziska.brantner.ma04@bundestag.de

EUROPÄISCHE GRUNDWERTE IN GEFAHR: ES BRAUCHT KONTROLLINSTRUMENTE

In diesen Tagen stelle ich mir immer wieder die Frage: Was hält uns in der Europäischen Union zusammen? Was haben wir gemeinsam? Das gegenwärtige Flüchtlingsdrama stellt die Grundfesten der EU, unsere gemeinsamen Werte, das Recht auf Asyl, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenwürde vor eine große Bewährungsprobe. Wir brauchen in Europa dringend eine intensive Diskussion über den Stellenwert unserer Grundwerte und neue Instrumente, um Verstöße dagegen besser ahnden zu können.

Daher habe ich für unsere Fraktion den Antrag „Gemeinsame Grundwerte stärken – Europa stärken“ erarbeitet, der jetzt im Bundestag beraten wurde. Er hat aktuelle sowie zurückliegende Anknüpfungspunkte: den menschenunwürdigen Umgang der ungarischen Regierung mit Flüchtlingen; Viktor Orbán verschärfte übrigens bereits vor Jahren Mediengesetze, um unliebsamer Berichterstattung vorzubeugen; Rumäniens Premier Ponta ließ Rechte des Verfassungsgerichts beschneiden, der frühere italienische Ministerpräsident Berlusconi dehnte Kartellgesetze, um sein Medienimperium weiter auszubauen. Antisemitismus ist weit verbreitet.

All dies führte zwar zu Protestnoten oder Mahnungen aus Brüssel. Einen wirksamen Mechanismus, wie die EU in solchen Fällen disziplinierend auftreten könnte, gibt es aber nicht. Allein bei „schwerwiegender und anhaltender“ Verletzung europäischer Grundwerte kann ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags gegen einen Mitgliedstaat eingeleitet werden. Dieses ist aber äußerst hürdenreich; es gilt als Nuklearwaffe, da für diesen Staat in letzter Konsequenz sogar vorübergehend Stimmrechte ausgesetzt werden könnten. Art. 7 wurde

noch nie eingesetzt – auch weil Regierungen sich untereinander nicht weh zu tun pflegen.

Es ist doch paradox: Bis zum Beitritt eines EU-Anwärters gibt es Kriterien, Untersuchungen und – in der Regel strenge – Überprüfungen, wie es dort um europäische Standards bestellt ist. Wenn ein Staat indes einmal dabei ist, kann er sich nahezu alles erlauben. Wir haben im Kernbereich unserer Union nichts Vergleichbares zum EU-Stabilitätspakt. In Brüssel werden den Mitgliedstaaten zwar Auflagen zu Haushaltsdisziplin, zu Steuerfragen, Umwelt- oder Verbraucherschutzbestimmungen gemacht. Wenn aber Menschen unwürdig behandelt werden, hat „Europa“ keine Handhabe.

Die bisherigen Vorschläge von EU-Kommission und -Rat dazu sind vage und können leicht politisch instrumentalisiert werden. Wir wollen deshalb, dass die Bundesregierung sich in Brüssel für einen unabhängigen Frühwarn- und Kontrollmechanismus vergleichbar der Venedig-Kommission des Europarates einsetzt. Jedes nationale Parlament, also auch der Bundestag, würde einen Verfassungsexperten für ein solches Kontrollgremium nominieren. Das Europa-Parlament würde zehn weitere Experten benennen. Der Vorteil dieses Verfahrens wäre, dass ein Orbán nicht länger sagen könnte: Gutachter XY ist voreingenommen. Ein solches Gremium wäre eben unparteiisch – jeder Staat stünde mit in der Verantwortung. Die Experten sollen – gemeinsam mit Vertretern der Zivilgesellschaft des betroffenen Staates – für EU-Kommission und -Rat Analysen zur Lage vor Ort abgeben. Wir treten auch dafür ein, dass die Ergebnisse von Frühwarn- und Kontrollprozessen unverzüglich veröffentlicht werden. Kungelrunden von Ministern hinter verschlossener Tür hatten wir genug, jetzt muss Transparenz her!

EUROPÄISCHE GRUNDWERTE IN GEFAHR

ES BRAUCHT KONTROLLINSTRUMENTE



BETREUUNGSGELD JETZT IN DIE KITAS INVESTIEREN!

Als das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld am 21. Juli 2015 für verfassungswidrig erklärte, begann der Streit um die voraussehbar frei werdenden Mittel. In unserem Antrag „Betreuungsgeld in Kitas investieren“ haben wir die Bundesregierung dazu aufgefordert, Klarheit zu schaffen und die Gelder aus dem Betreuungsgeld sicher dort zu investieren wo sie von Familien gebraucht werden: in den Kindertageseinrichtungen. Die Einigung zwischen dem Finanzminister und der Familienministerin ging bedauerlicherweise im Kompromiss zur Entlastung der Länder und Kommunen in der Flüchtlingskrise unter. Zwar gehen die für das Betreuungsgeld vorgesehenen, aber noch nicht bewilligten 500 Millionen Euro an die Länder, mit dem Ziel den Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen zu fördern. Doch es gibt keine Garantie, dass sie auch dafür verwendet werden.

So ist die Einführung eines Landesbetreuungsgeldes hier in Baden-Württemberg Teil der Wahlkampfversprechen der CDU – jener Partei die doch sonst immer das Mantra „Sachleistungen vor Geldleistungen“ predigt. Und natürlich wird im baden-württembergischen Wahlkampf auch weiterhin darüber diskutiert werden, was mit den nun freiwerdenden Mitteln geschehen soll. Doch für uns steht fest, dass die Gelder in die Kitas fließen werden und fließen müssen. Und das ist kein leeres Versprechen, sondern eine unumstößliche Notwendigkeit und bei Fortsetzung der jetzigen Koalition Selbstverständlichkeit!

Die bisherige Diskussion geht an den eigentlichen Problemen vorbei, obwohl die Faktenlage klar ist: Der Bedarf an Betreuungsplätzen wird steigen. Nach letzten

Schätzungen des Familienministeriums werden 2015 etwa 110.000 Kinder im Alter bis sechs Jahre zu uns flüchten. Das bedeutet 68.000 weitere Betreuungsplätze, die von den Ländern und Kommunen bereitgestellt werden müssen. Zusätzlich zu den nach wie vor für ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot fehlenden 185.000 Plätzen.

Vor allem in Bezug auf Flüchtlingskinder müssen wir mit Weitsicht handeln und ihnen von Anfang an ein gutes Ankommen ermöglichen. Die Kleinsten und Kleinen unter jenen, die zu uns flüchten, sind häufig jene mit guten Bleibeperspektiven. Ihnen gleiche Chancen zu geben, bedeutet sie mit dem gleichen Rüstzeug auszustatten wie Gleichaltrige, die in deutschsprachigen Familien leben.

Dazu gehört insbesondere eine Investition in frühe Sprachbildung. Leider bleibt es auch in diesem Jahr bei 100 Millionen für die Sprachbildung in Kitas jährlich – obwohl wir bereits in unserem Antrag aus dem letzten Jahr „Qualität in der frühkindlichen Bildung fördern“ eine Aufstockung fordern. Der Mehrbedarf – der kommen wird – muss jetzt und nicht erst wenn es zu spät ist berücksichtigt werden.

In Zukunft wird die Kita nicht nur die erste Bildungseinrichtung von Kindern sein, sondern auch ein Ort wo sich Kinder unterschiedlichster Herkunft begegnen. Somit legt die Kita einen Grundstein für den weiteren Bildungs- wie auch den Integrationserfolg von Kindern. Um das zu ermöglichen ist es nun unsere Aufgabe, die dafür notwendigen Mittel zu garantieren.



AGNIESZKA BRUGGER

SPRECHERIN FÜR SICHERHEITSPOLITIK UND ABRÜSTUNG

WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, agnieszka.brugger@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,

Tel. 0751 / 3593966, Fax 0751 / 3593967 agnieszka.brugger@wk.bundestag.de

FLÜCHTLINGSPOLITIK MIT HERZ UND VERSTAND

In den letzten Wochen war ich viel in Baden-Württemberg vor Ort unterwegs, habe mit den Flüchtlingen und den Ehrenamtlichen gesprochen, mit den Bürgermeistern und Landräten diskutiert und viele Unterkünfte besichtigt. Ich wollte wissen, wo es **Herausforderungen** gibt und **konkrete Ideen zur Lösung** mitnehmen, um sie dann in die politischen Diskussionen einzubringen. Denn aktuell werden in der politischen Arena **viele Scheindebatten geführt, die wenig mit dem zu tun haben, was die Menschen vor Ort umtreibt**. Gleichzeitig trifft die große Koalition immer mehr Beschlüsse, die mehr dazu dienen, einen hysterischen Seehofer und eine flüchtlingsfeindliche CSU zu befriedigen, anstatt mit Mitmenschlichkeit, Pragmatismus und klugen Problemlösungen den Flüchtlingen zu helfen und die engagierten Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen zu unterstützen. Neuerdings bemüht sich auch Thomas de Maizière mit seiner Forderung, den Familiennachzug aus Syrien zu untersagen, möglichst weit rechts zu landen. Was sollen wir denn den Geflohenen sagen? „Herzlich Willkommen. Super, dass du den Fassbomben entkommen bist, aber deine Kinder und Eltern müssen die leider weiter ertragen?“ An Zynismus und Unmenschlichkeit wäre das wohl nicht mehr zu überbieten.

Nach wie vor bin ich **begeistert, wie viele Menschen in diesem Land einfach Willkommen sagen**, Sprachunterricht geben, Kinder betreuen, Kleidung sammeln. Wer davon schwadroniert, dass syrische Flüchtlinge mit dem Taxi durch Deutschland fahren wie Thomas de Maizière, schürt Stimmungen und verbreitet mit Absicht ein Bild, das mit der Realität nichts zu tun hat. Wer nach Obergrenzen schreit, abstrakt darüber lamentiert, dass wir es nicht schaffen oder dass die Stimmung kippt, sorgt dafür, dass Menschen entmutigt werden.

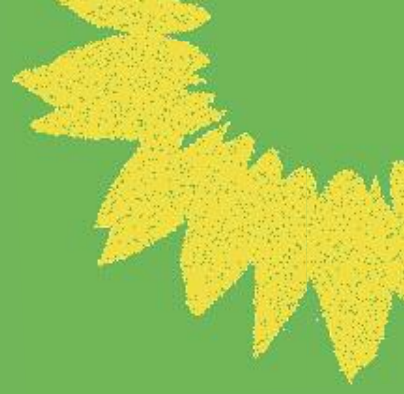
Politik heißt für mich, **die Realität zu betrachten und dann mit aller Kraft zu versuchen, das Allerbeste daraus zu machen**. Wer mit den unermüdlichen Helferinnen und Hel-

fern vor Ort redet, weiß, dass sie gerade ganz andere Dinge umtreibt: Wo kriegen wir noch Betten her? Warum hapert es bei den organisatorischen Abläufen, so dass wir uns nicht gut darauf einstellen können? Wann kommt der Bus mit weiteren Schutzsuchenden an? Oder die Forderung nach speziellen Unterkünften und besserer Betreuung für schwangere Frauen. Auch wenn die CSU sich mit ihrer Forderung nach Obergrenzen bisher nicht durchsetzen konnte, folgt die Diskussion in vielen europäischen Staaten der Logik, möglichst die Mauern hochzuziehen und diese dann notwendigerweise polizeilich oder militärisch zu sichern. Abgesehen davon, dass diese **Abschottungsmaßnahmen** alle nicht wirklich funktionieren und europäischen Werten der Mitmenschlichkeit entgegenstehen, **tragen sie auch nichts zur Problemlösung bei**: Einmal mehr werden auch außen- und sicherheitspolitisch Symptome bekämpft, anstatt sich den Ursachen zuzuwenden.

Daher ist auch die Bekämpfung der Schlepper durch das Militär beispielsweise die völlig falsche Antwort auf das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer. Die jetzt begonnene **Militärmission EUNAVFOR MED** setzt die Flüchtlinge nur noch größeren Gefahren aus und birgt ein großes Eskalationsrisiko. Die Mission schwächt die Strukturen der Verbrecher, die das Leid der Flüchtlinge ausnutzen, nicht wirklich. Diese werden ihr zynisches Geschäft einfach anders organisieren. Für die Notleidenden sind vielmehr eine funktionierende Seenotrettung sowie **legale und sichere Einwanderungswege** nach Europa überlebenswichtig, so entzieht man den Schleppern auch die Geschäftsgrundlage.

Verantwortungsvolle und vorrausschauende Politik fängt aus grüner Perspektive nicht erst bei der Bearbeitung akuter Konflikte an. Sie zielt bereits im Vorfeld auf die **Beseitigung und Entschärfung der vielfältigen Ursachen von Krisen, Gewalt, Armut und Hunger**. Denn bestimmte nationale Entscheidungen können die Verschärfung von Verteilungskonflikten, sozialen Unruhen, Flüchtlingswellen und im schlimmsten Fall die Destabilisierung von Staaten oder sogar Regionen befördern.

FLÜCHTLINGSPOLITIK MIT HERZ UND VERSTAND VON DER INNEN- BIS ZUR AUSSENPOLITIK



Ein wichtiger Schritt, der sofort Wirkung zeigen würde, bestünde darin, dass die internationale Gemeinschaft und die Bundesregierung die **Aufnahme- und Transitländer bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge endlich mehr unterstützen**. Denn auch wenn wir in Deutschland gerade viele Flüchtlinge aufnehmen, die Hauptlast tragen immer noch andere Länder: 85 Prozent aller Flüchtlinge weltweit werden von Entwicklungsländern aufgenommen, davon allein 25 Prozent von den am wenigsten entwickelten Ländern. Diese sind in der Regel weniger wohlhabend und häufig politisch instabil. So ist beispielsweise die Lage in den Flüchtlingslagern um Syrien dramatisch, denn das Welternährungsprogramm (WFP) der Vereinten Nationen (VN) ist Jahr für Jahr drastisch unterfinanziert. Die Zahlungsmoral ist insgesamt so schlecht, dass gerade einmal 46 Prozent des Finanzbedarfs vom WFP für Syrien gedeckt sind. Die Menschen müssen mittlerweile mit nur noch 50 Cent am Tag überleben – viele von ihnen fliehen daher verzweifelt nach Europa. Diese Zustände sind skandalös und beschämend.

Viele Maßnahmen zur Beseitigung von Fluchtursachen wirken erst langfristig. Umso dringender ist es, heute damit anzufangen. Deutschland muss endlich **mehr für den Klimaschutz** tun und aber auch seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen und **0,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen**, damit sich die Lebenssituation für die Menschen in den Entwicklungsländern verbessert. Wenn die Klimakrise ungebremst voranschreitet, werden im Jahr 2050 nach konservativen Schätzungen 200 Millionen Menschen vor Dürre, Verwüstungen und Überschwemmungen fliehen, da ihre Lebensgrundlage zerstört sein wird.

Der **Stärkung der Vereinten Nationen** kommt bei der Beseitigung von Fluchtursachen, bei der Bekämpfung von Hunger, beim Klimaschutz und den Versuchen, weltweit Konflikte zu lösen, eine entscheidende Rolle zu. Neben den vielen diplomatischen Vermittlungsbemühungen, sind es

die breit aufgestellten VN-Friedensmissionen, die dazu einen wichtigen Beitrag liefern. Deutschland sollte sich im Rahmen von VN-Friedensmissionen daher viel stärker engagieren.

Seit seinem Amtsantritt schwingt Sigmar Gabriel schöne Reden über eine restriktive **Rüstungsexportpolitik**, doch er hintertreibt seine eigenen großen Ankündigungen mit seinem tatsächlichen Handeln. Die unkontrollierte Verbreitung von Waffen macht die gewaltsamen Konflikte dieser Welt nicht nur wahrscheinlicher, sondern blutiger – daher gehört eine restriktive Rüstungsexportpolitik ganz oben auf die politische Agenda, um Fluchtursachen zu beseitigen. Weltweit werden Unsummen von Geldern für Kriege und Waffen ausgegeben, die weitaus sinnvoller in Bereichen wie Entwicklung, Bildung und Soziales investiert wären.

Damit Menschen nicht vor Krisen und Kriegen fliehen müssen, müssen wir auch **aufhören, auf Kosten anderer unfair zu wirtschaften**. So fischen europäische Flotten vor den Küsten Afrikas die Meere leer, während die einheimischen Fischer ihre Familien nicht mehr ernähren können. Zudem überschwemmen europäische Agrarprodukte mit Hilfe der EU-Subventionen die Märkte der Entwicklungsländer und verdrängen die einheimischen Erzeugnisse und zerstören den Markt für die lokalen Bauern. Auf diese Weise tragen wir dazu bei, den Menschen vor Ort, ihre Lebensperspektive zu nehmen.

Es gibt aktuell also mehr als genug zu tun: In Deutschland von der Aufnahme bis zur Integration von Flüchtlingen, international brauchen wir endlich eine bessere Außenpolitik, die dazu beiträgt, dass Menschen nicht aus ihrer Heimat fliehen müssen. Packen wir es an, denn wenn wir wollen, können wir sehr wohl mit engagierten und klugen Antworten sehr viel schaffen!



HARALD EBNER

SPRECHER FÜR GENTECHNIK- UND BIOÖKONOMIEPOLITIK

WWW.HARALD-EBNER.DE

Tel. 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025, harald.ebner@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gelbinger Gasse 87, 74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97823731, Fax 0791 / 97823733, harald.ebner@wk.bundestag.de

JETZT GLYPHOSAT-NOTBREMSE ZIEHEN!

Die EU-Zulassung für Glyphosat läuft Mitte 2016 aus. Im März 2015 haben Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Universal-Pflanzentkiller als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Seither ist der Stoff umstrittener denn je. Trotzdem hat sich die Europäische Lebensmittelaufsichtsbehörde EFSA jetzt für eine Glyphosat-Neuzulassung ausgesprochen.

UNBEDENKLICH TROTZ KREBSGEFAHR?

Das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) war maßgeblich zuständig für die Glyphosat-Risikobewertung im EU-Verfahren zur Neuzulassung für weitere zehn Jahre. Es ließ sich auch durch die Veröffentlichung der Monografie der Internationalen Krebsforschungsagentur (IARC) der WHO nicht von seiner Glyphosat-Verharmlosung abbringen. In seiner Einschätzung der WHO-Krebswarnung für Glyphosat („Addendum“) räumt das BfR zwar anders als bisher plötzlich signifikante Effekte bei einer ganzen Reihe von Krebsstudien ein, bleibt aber trotzdem bei seinem Fazit, Glyphosat sei unbedenklich. Inzwischen wird das allerdings um den Zusatz „bei bestimmungsgemäßer Anwendung“ ergänzt. Das Politmagazin FAKT hat kürzlich darüber berichtet und das Glyphosat-Addendum öffentlich gemacht: <http://gruenlink.de/11qi>.

In der Öffentlichen Glyphosat-Anhörung im Bundestag am 28. September wiesen mehrere Experten auf die Fehler und Versäumnisse in der BfR-Bewertung hin. BfR-Präsident Hensel verteidigte das Urteil seines Instituts wenig überzeugend. Unabhängige Wissenschaftler haben etliche Mängel und Unstimmigkeiten in den BfR-Berichten – die wohl nicht ohne Grund eigentlich unter Verschluss bleiben sollten – entdeckt und dokumentiert. Wir haben EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis in einem fraktionsübergreifenden Offenen Brief von Bundestags- und Europaabgeordneten aufgefordert, dieser fundier-

ten Kritik an der Glyphosat-Risikobewertung gründlich nachzugehen. Andriukaitis hat uns jetzt zwar eine baldige Antwort der EFSA angekündigt.

EU-BEHÖRDE WILL GRENZWERT ERHÖHEN

Doch die EFSA hat schon am 12. November ihre Empfehlung veröffentlicht. Die EU-Behörde empfiehlt nicht nur die Glyphosat-Neuzulassung, sondern will auch gleich noch den Grenzwert für die tägliche Aufnahme (ADI) um zwei Drittel hochsetzen und sieht keinen Anlass, das Pflanzengift in der EU in irgendeine Krebsgefährdungskategorie einzustufen. Stattdessen widersprechen die EU-Lebensmittelwächter offensiv den WHO-Krebsexperten und verkünden ausdrücklich, Glyphosat sei „wahrscheinlich nicht krebserregend“. Weil sich die EFSA dabei vollumfänglich auf den fehlerhaften BfR-Bericht stützt, halten wir diese Schlussfolgerung für falsch und fordern eine Revision.

Denn die EFSA-Empfehlung ist noch keine Glyphosat-Neuzulassung. Regierungsvertreter aller EU-Staaten werden am 10./11. Dezember in Brüssel darüber beraten. Wir verlangen, dass sie die Empfehlung als untauglich zurückweisen und eine gründliche Neubearbeitung von der EFSA fordern. Besonders der deutsche Agrarminister Schmidt steht hier in der Pflicht, denn er ist verantwortlich für die Glyphosat-Verharmlosung „seines“ BfR. Wenn die EFSA keine Neubewertung leisten kann, sollte die EU-Kommission eine unabhängige Expertenkommission einberufen. Auch die Europäische Chemikalienagentur ECHA beschäftigt sich derzeit mit der Gefahrenklasseneinstufung von Glyphosat. Sie sollte jetzt dem gut begründeten Urteil der IARC folgen und Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ in die entsprechende EU-Gefahrenklasse 1B einstufen. Dann dürfte das Pflanzengift nach geltendem Recht nicht mehr zugelassen werden.

Unsere Aktivitäten und Neuigkeiten zu Glyphosat unter: <http://gruene-bundestag.de/glyphosat>.

JETZT DIE GLYPHOSAT- NOTBREMSE ZIEHEN!

MEHR BIENENGIFTE TROTZ VERBOT

Neonikotinoide sind besonders bienengiftige Pestizide. Seit 2013 sind sie in der EU teilweise verboten. Trotzdem ist der Verbrauch der Bienenkiller jetzt sogar gestiegen, wie wir durch eine Kleine Anfrage (Drs. 18/6490) erfahren haben. Für Minister Schmidt, der sich stets als Bienen- und Imkerfreund inszeniert, ist das aber offenbar kein Grund zur Sorge oder gar zum Handeln. All das zeigt vor allem eines: unsere Landwirtschaft muss endlich raus aus der Pestizid-Sackgasse. Ein verbindlicher Pestizid-Reduktionsplan braucht eine ganze Reihe von Maßnahmen, die wir tabulos diskutieren müssen. Ob eine Pestizidabgabe dazu gehören kann, hängt vom gesamten Maßnahmenpaket ab.

AGRAR-DEMO UND KONFERENZ AM 16. JANUAR

Dazu schon mal vormerken: am 16. Januar findet in Berlin wieder die große „Wir haben es satt“-Demo für eine bessere Landwirtschaft statt. Im Anschluss veranstaltet unsere Fraktion die auch schon traditionelle Agrar-Konferenz dazu im Bundestag, dieses Jahr zum Thema „Sackgasse Pestizide“. Anmeldung erforderlich: <http://gruenlink.de/11rp>.

GENMAIS-ANBAUVERBOTE: SCHMIDT UND UNION BLOCKIEREN BUNDESLÄNDER

Im Streit um Anbauverbote für Gentechnikpflanzen bleibt Minister Schmidt weiter stur und blockiert jetzt den Gesetzentwurf, den die Bundesländer dazu über den Bundesrat einbringen mussten, weil Schmidt sein Monaten kein vernünftiges Gesetz hinbekommt. Dabei hat die Bundesregierung den Länderentwurf nicht einmal rundheraus abgelehnt. Stattdessen poltert aber der Minister öffentlich dagegen, und die Union weigert sich, den Entwurf kurzfristig in den Bundestag einzubringen. Wenn wir das als Opposition täten, wäre die Ablehnung leider gesichert. Der Agrarminister beharrt unbelehrbar darauf, wenigstens einen Teil der Verant-

wortung für die Verbote an die Bundesländer abzuschieben. Ich hoffe, dass wenigstens die Bund-Länder-Arbeitsgruppe etwas unvoreingenommener darüber verhandelt, so dass der Entwurf es vielleicht doch noch in den Bundestag schafft. Denn wir müssen eine gesetzliche Grundlage für Anbauverbote schaffen. Die von den Konzernen kürzlich gewährten Ausnahmen von ihren aktuellen Zulassungsanträgen verschaffen uns immerhin eine kleine Atempause. Aber es sind definitiv keine sicheren Anbauverbote, wie es in vielen Meldungen behauptet wurde. Äußerungen auf www.monsantoblog.eu erwecken nicht den Eindruck, als hätte Monsanto seine Pläne für Genpflanzenanbau in Europa aufgegeben.

NEUE VERFAHREN: WAS IST GENTECHNIK?

In der Gentechnik findet gerade eine technologische Revolution statt. Genome Editing, CRISPR/CAS, Cis-Genetik und Oligonukleotid-gesteuerte Mutagenese (OgM) versprechen zielgenaue Gen-Modifikationen, die am Ende nicht einmal von natürlichen Organismen zu unterscheiden sind. Die entscheidende Frage ist: sind diese Verfahren nach EU-Recht Gentechnik oder nicht? Müssen sie also aufwändig sicherheitsgeprüft und zugelassen werden, bevor sie auf den Markt dürfen? Mehrere Gutachten sagen klar: ja, das ist Gentechnik. Die EU befindet sich dazu noch im Meinungsbildungsprozess. Die Bundesregierung macht schon mal Druck und mahnt, man möge doch an die Wirtschaft denken und sie vor allzu viel Bürokratie und hohen Kosten bewahren. Und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) prescht vor und definiert kurzerhand eigenmächtig mit dem OgM-Verfahren kreierte Cibus-Raps als Nicht-Gentechnik. Dafür bekam die Behörde sogar einen Rüffel aus Brüssel. Dank Klagen von Umweltverbänden darf Cibus-Raps vorerst nicht angebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch neue Gentechnik-Technologien unter das Reglement des Gentechnikgesetzes fallen.



MATTHIAS GASTEL

SPRECHER FÜR BAHNPOLITIK

WWW.MATTHIAS-GASTEL.DE

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt
Tel. 0711 / 99726140, matthias.gastel.ma04@bundestag.de

KAUM FORTSCHRITT BEIM LÄRMSCHUTZ AUF DER SCHIENE

Die Bundesregierung ist bei der Bekämpfung des Schienenlärms heillos überfordert. Dies belegt eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion. Anstatt endlich zu handeln, gibt die Bundesregierung ihr eigenes Zwischenziel auf und gefährdet auch das eigentliche Versprechen einer Halbierung des Schienenlärms.

Von 173.000 in Deutschland zugelassenen Güterwagen sind aktuell gerade einmal rund 30.000 (18 Prozent) mit lärmreduzierenden Bremsen ausgestattet. Laut Koalitionsvertrag sollen es 2016 bereits 50 Prozent und 2020 100 Prozent sein. Das Ziel für 2016 hat die Bundesregierung nun offiziell aufgegeben, wie sie in der Kleinen Anfrage einräumt. Auch das Erreichen des für 2020 gesteckten Zieles steht in den Sternen. Wenn es mit der Umrüstung im aktuellen Tempo weitergeht, dann wird es bis 2034 dauern, bis tatsächlich alle Güterwagen umgerüstet sind! Für den Gesundheitsschutz der Betroffenen und die Akzeptanz der Schiene in Deutschland wäre das fatal!

Das Problem der unzureichenden Mittelabrufung bei der Lärmsanierung bekommen Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG nicht in den Griff. Trotz des enorm großen Handlungsbedarfs verfallen über Jahre weite Teile der bereitgestellten Haushaltsmittel. 2015 drohen rund die Hälfte der Mittel für den Bau von Lärmschutzwänden oder -fenstern nicht verwendet zu werden. An neuen Technologien zur Reduktion von Schienenlärm wie dem „Zugmonitoring“ hat die Bundesregierung gemäß ihrer Antwort überhaupt kein Interesse. Beim „Zugmonitoring“ kann mittels einer stationären Mess-

anlage bei der Vorbeifahrt eines Güterzuges festgestellt werden kann, ob Räder Schadstellen aufweisen. Da Schadstellen großen Lärm verursachen, ist die exakte und schnelle Ermittlung schadhafter Räder so wichtig. Statt weiter die Füße still zu halten muss die Bundesregierung endlich für mehr Ruhe entlang der Schienenwege sorgen und schleunigst den überfälligen Gesetzentwurf zum Verbot lauter Güterwagen ab 2020 vorlegen.

MIT ALTER DENKE ZUM NEUEN BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN?

Im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) wird festgehalten, welche Straßen-, Schienen- und Wasserwegs-Projekte der Bund für wie wichtig erachtet. Die Länder haben ihre Projekte angemeldet. Der Bund bewertet diese derzeit und hat zugesagt, den Entwurf für den neuen BVWP mit der Priorisierung der Projekte noch im November vorzulegen. Dem schließt sich eine sechswöchige Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung an. Im Frühjahr soll dann das Bundeskabinett den BVWP, der bis zum Jahr 2030 Gültigkeit besitzen soll, beschließen.

Der bisherige BVWP war dann 13 Jahre gültig. Nur ein geringer Teil der aufgelisteten Vorhaben konnte bisher umgesetzt werden. Dies macht eines der Probleme deutlich: Die Wünsche für Aus- und Neubau von Verkehrswegen sind viel umfassender als die finanziellen Möglichkeiten für die Umsetzung. Und viele Projekte sind höchst fragwürdig. Der bisherige Aufstellungsprozess sowie die Haushaltsplanung der GroKo zeigen, dass vieles gewaltig schief läuft: 1. Am chronischsten unterfinanziert sind Schienen- und Wasserwege. Das Hauptaugenmerk ist aber nach wie vor auf die Straßen gerichtet. 2. Das Prinzip „Erhalt vor Neubau“ bleibt

SCHIENENLÄRMSCHUTZ, BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN UND BAHNHOFSGUALITÄT

beim Bund ein reines Lippenbekenntnis. Dies zeigt der Entwurf für den Bundeshaushalt 2016, in dem die Mittel für Straßenneubau doppelt so stark steigen wie die für den Erhalt. 3. Eine Priorisierung von Straßenbauprojekten nach sachlichen Kriterien wurde bereits im Vorfeld der Erstellung des neuen BVWP auf den Kopf gestellt. Verkehrsminister Dobrindt hat nämlich noch dutzende von Baufreigaben für Straßen erteilt, deren Sinn erst noch hätte überprüft werden müssen. Darunter war auch eine höchst fragwürdige Umfahrungsstraße im Wahlkreis des Ministers. Baden-Württemberg hatte übrigens als einziges Bundesland nicht alle Wunschprojekte aus den Regionen für den BVWP angemeldet, sondern eine eigene Priorisierung durchgeführt und nur die für sinnvoll gehaltenen Straßen angemeldet. Für den Bund sind sowohl die Anmeldungen der Länder als auch die Priorisierung des Ländles nicht bindend. Dies zeigt sich bei der Nordostumfahrung von Stuttgart. Das Land hatte diese nicht angemeldet, der Bund hat die autobahnähnliche, sehr umstrittene Straße aber wieder aus der Mottenkoste geholt und lässt sie prüfen. Es droht so zu laufen wie beim letzten Bundesverkehrswegeplan: „Wünsch dir was“ statt Mut zur Schwerpunktsetzung.

GRÜNE BUNDESNETZPLANUNG STATT SCHEITERN MIT BUNDESVERKEHRSWEGEPLANUNG

Wir Grünen wollen weder die bisherigen Verkehrsentwicklungen linear fortschreiben, wie es die GroKo macht, noch wollen wir eine Verkehrswegeplanung ohne umweltpolitischen Ziele. Wir setzen auf eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur, die mit dem integralen Taktfahrplan attraktive Reisezeiten und optimale Umsteigemöglichkeiten ermöglicht. Im Straßenbau setzen wir zunächst auf den Erhalt und dann auf mög-

lichst kleine, aber netzwirksame Neubaumaßnahmen. Dazu hat die grüne Bundestagsfraktion ein Positionspapier beschlossen: <http://gruenlink.de/11tw>.

MINDESTQUALITÄT FÜR BAHNHÖFE FESTLEGEN – UND DURCHSETZEN!

Immer wieder wird in Bahnhöfen bemängelt, dass Aufzüge und Rolltreppen defekt sind und sich Reparaturen teilweise über Monate hinauszögern, Müllkörbe überquellen oder Anzeigetafeln mit Reisendeninformationen nicht funktionieren. Dies führt unter Fahrgästen immer wieder zu Unmut. Der Bahnhof als Zugang zum öffentlichen Schienenverkehr und oftmals auch als Tor zur Stadt ist vielerorts alles andere als einladend. Eines der Hauptprobleme liegt darin, dass nirgends konkrete Qualitätsstandards festgeschrieben sind, die dann von Seiten der Vertragspartner – das sind meist die Eisenbahnverkehrsunternehmen – eingefordert werden können. Faktisch bedeutet dies, dass der Stationsbetreiber – in der Regel DB Station & Service – weitgehend selber darüber befinden kann, welche Leistung er für die vereinbarten Stationsentgelte erbringt. DB Station & Service hatte sich zunächst auf die einen Prozess zur Festlegung von Standards eingelassen – und ist ausgestiegen, als es konkret werden sollte. Ein Skandal, der den Bund als Eigentümer der Deutschen Bahn dazu bewegen muss, entweder seinen Einfluss auf den Konzern geltend zu machen oder gesetzgeberisch tätig zu werden!

Zu dieser Thematik habe ich ein Autorenpapier verfasst, das auf meiner Homepage zu finden ist.



SYLVIA KOTTING-UHL

SPRECHERIN FÜR ATOMPOLITIK

WWW.KOTTING-UHL.DE

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe

Tel. 0721 / 1518687, Fax 0721 / 1518690, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

KLIMAKRISE UND FLÜCHTLINGE

2015 ist ein Jahr der Hitzerekorde: Februar, März, Mai, Juni, Juli, August und September waren die jeweils heißesten Monate seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Folgen der Klimakrise sind spürbar: verdorrte Ackerflächen, reißende Überschwemmungen, Zunahme starker Wirbelstürme. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen trifft vor allem die Ärmsten in den Ländern des Südens und wird zunehmend auch aus diesem Grund immer mehr Menschen zur Flucht aus ihren Heimatländern zwingen. Prognosen sprechen bei einem Scheitern der Klimaschutzziele von 200 Millionen Flüchtlingen. Das werden nach heutiger Definition übrigens alles Wirtschaftsflüchtlinge sein. Doch wenn durch das Scheitern der Klimaschutzpolitik in den industrialisierten Staaten ihre Lebensgrundlagen zerstört sind, wohin sollen sie zurück geschickt werden?

Klimaschutz ist eine globale Gerechtigkeitsfrage. Er ist die zentrale Herausforderung für die Zukunft. Die Industrialisationen tragen als historische Verursacher der Klimakrise die originäre Verantwortung sie zu bekämpfen. Und um im Modus der derzeit alles beherrschenden humanitären Katastrophe zu bleiben: Klimaschutz ist Bekämpfung von Fluchtursachen!

PRIMA KLIMA IN PARIS?

2015 ist dabei ein Jahr wichtiger Weichenstellungen. Auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Paris Ende des Jahres geht es um ein neues Klimaabkommen. Ab 2020 soll es das Kyoto-Protokoll ablösen und nun alle Länder der Welt zu einer wirksamen Minderung von Treibhausgasemissionen verpflichten. Mindestens das übergeordnete und langfristige Ziel, die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius zu begrenzen, muss völkerrechtlich bindend verankert werden.

Das Bekenntnis zu diesem Ziel gilt es dann im Rahmen von nationalen oder auch regionalen Dekarbonisierungsfahrplänen sowie nationalen Minderungszielen zu untermauern. Baden-Württemberg geht hier bereits voran und hat mit seinem am 17. Juli 2013 verabschiedeten Klimaschutzgesetz den Klimaschutz landesweit gesetzlich verankert. Das Gesetz legt fest, dass die Treibhausgasemissionen im Land bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 gesenkt werden müssen.

Wir wollen aber auch auf internationaler Ebene ein Bekenntnis zu „Raus aus den fossilen und rein in die erneuerbaren Energien“. Denn zu einem neuen Abkommen gehört eine Positionierung der unterzeichnenden Staaten zu einer dekarbonisierten Gesellschaft und eine Bezugnahme auf Erkenntnisse des jüngsten IPCC-Berichts, dass 2/3 der noch vorhandenen fossilen Energien in der Erde gelassen werden müssen. Für mehr Klimagerechtigkeit und Partnerschaften zwischen Nord und Süd gehört die internationale Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen als zentrales und gemeinschaftliches Instrument ausgebaut und gestärkt.

ES BRAUCHT WIEDER EINEN VORREITER DEUTSCHLAND!

Deutschland muss wieder Vorreiter beim Klimaschutz werden! Die Erfahrung lehrt: geht keiner voran, kommt alles ins Stocken. Die Bundesregierung hat diese Rolle leider völlig aufgegeben. Sie versagt beim Beispielgeben auf ganzer Linie: Schmutzige Kohlekraftwerke laufen weiter, auch wenn ihr Strom nicht gebraucht wird. Solarunternehmen mussten viele Stellen abbauen, der Kauf von Elektroautos hinkt, der von Spritschleudern dagegen boomt. Bürgerinnen und Bürger zahlen zu hohe Mieten für schlecht gedämmte Wohnungen. Unternehmen fehlt ein Innovationsrahmen für ökologische Produkte, stattdessen haben die umwelt- und klimaschädlichen Sub-

GEMEINSAM GEGEN DIE KLIMAKRISE FÜR EIN KLIMA DER GERECHTIGKEIT



ventionen in Deutschland ein neues Rekordniveau erreicht. Die Bundesregierung wird das deutsche Klimaschutzziel von 40% Emissionsminderung bis 2020 deutlich verfehlen, wenn sie nicht schnell und klar einlenkt. Um der Vorreiter-Rolle wieder gerecht zu werden, muss die Bundesregierung dieses tun:

- Sie muss eines nationales Klimaschutzgesetz vorlegen, das bis 2050 jährliche Reduktionsziele verbindlich festlegt und für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Kreislaufwirtschaft neben Zielen auch konkrete Maßnahmen enthält.
- Sie muss den nationalen Kohleausstieg durch die Einführung von CO₂-Grenzwerten für fossile Kraftwerke einleiten, um den internationalen wissenschaftlichen Empfehlungen nachzukommen, nach denen 2/3 der verbleibenden fossilen Ressourcen unter der Erde bleiben müssen, um die Erderwärmung auf max. 2 Grad zu begrenzen. Hier muss die aktuelle Diskussion der Bundesregierung um ein Weißbuch für ein neues Strommarktdesign genutzt werden.
- Sie muss sich für die Einführung eines EU-weiten CO₂-Mindestpreises im Rahmen des Emissionshandels einsetzen und dies durch die zügige Einführung eines nationalen CO₂-Mindestpreises befördern.
- Sie muss einen konkreten Pfad vorlegen, wie sie einen gerechten deutschen Anteil an den ab 2020 international zugesagten Mitteln von 100 Milliarden Dollar jährlich zur Finanzierung des globalen Klimaschutzes erreichen will.
- Sie muss endlich einen Plan für den schrittweisen Abbau der jährlich ca. 50 Milliarden Euro an umwelt- und klimaschädlichen Subventionen vorlegen, der bestehende Fehlanreize beseitigt und einen Beitrag zur Unterstützung und Finanzierung der Energiewende und eines klimaverträglichen Wirtschaftens leistet.

DAS VON UNSEREN KINDERN GEBORGTE GUT BEWAHREN!

Wenn wir Europäer nicht nur Gastgeber, sondern auch Gestalter beim Klimaschutz sein wollen, müssen jetzt die Weichen dafür gestellt werden, dass in Paris die Weltgemeinschaft mindestens das Zwei-Grad-Limit völkerrechtlich verankert. Aufbauend darauf gilt es einen Mechanismus zu entwickeln, mit dem die bisherigen Klimaschutzanstrengungen der einzelnen Länder in den nächsten Jahren nachgeschärft werden. Der Grundstein dafür wäre, dass die EU ihr Klimaziel nachbessert. Die Frage der Klimafinanzierung – also das Versprechen der Industriestaaten, bis 2020 100 Milliarden Dollar jährliche Hilfe zum Klimaschutz für Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen – ist ebenso essenziell.

Wenn wir Klimaschutz ernst meinen, dann werden wir jedoch auch um die Frage des menschlichen Lebensstils nicht herumkommen. Denn wenn sich in Paris die Staats- und Regierungschefs hoffentlich zum Zwei-Grad-Limit verpflichten und zumindest die Weichen für eine Dekarbonisierung unserer Gesellschaft stellen, dann müssen auf die Energiewende in den nächsten Jahren die Verkehrswende und die Agrarwende folgen. Das wird ohne bewussteren Lebensstil in den heute Ressourcenverschleudernden Gesellschaften nicht funktionieren. Vermutlich wird sich auch die Frage des Fleisch-Konsums dann stellen, ohne dass Grüne sie aufwerfen müssen.

Die Klimakonferenz in Paris wird die Klimakrise nicht lösen. Aber sie muss das Signal für einen neuen Aufbruch sein. Klimaschutz muss endlich auf die Füße gestellt werden. Es gilt deutlich mehr zu tun als bisher. Sonst haben wir das von unseren Kindern geborgte Gut verschleudert!



CHRIS KÜHN

SPRECHER FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK

WWW.CHRISKUEHN.DE

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Am Lustnauer Tor 6, 72074 Tübingen

Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

UNSERE VERANTWORTUNG: MENSCHENWÜRDIGE UNTERBRINGUNG

Die Folgen des schrecklichen Bürgerkriegs in Syrien und das Versagen internationaler Politik im Irak und in Afghanistan stellen uns vor eine große Kraftanstrengung. Seit der Wiedervereinigung haben nicht mehr so viele Menschen bei uns Schutz und einen Neubeginn gesucht. Unsere große Verantwortung ist es, diesen Menschen nicht nur Schutz und Unterkunft zu bieten, sondern sie in die Mitte unserer Gesellschaft aufzunehmen. Das wird uns nicht gelingen, wenn wir Flüchtlinge dauerhaft auf der grünen Wiese oder in Gewerbegebieten zwischen Baumärkten und Möbelhäusern ansiedeln. Integration kann nur in bunt durchmischten Stadtvierteln gelingen. Soziale Brennpunkte am Stadtrand sind der falsche Weg: Sie sperren aus statt aufzunehmen, sie verbauen Integrationsmöglichkeiten statt Lebenswege in unsere Gesellschaft zu eröffnen. Wir stehen deshalb in der Pflicht, Menschen, die bei uns Schutz suchen, nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern eine menschenwürdige Unterbringung zu bieten.

DER WINTER NAHT

Fallende Temperaturen und kalte Nächte lassen jetzt schon viele Flüchtlinge in Zeltunterkünften frieren. Insbesondere Kinder und ältere Menschen, aber auch gesunde Erwachsene werden durch die Kälte stark mitgenommen. Unterkünfte müssen daher isoliert, beheizbar und winterfest sein. In Baden-Württemberg sind wir auf einem guten Weg, alle Menschen in winterfesten Quartieren unterzubringen. Aber gerade in

den norddeutschen Bundesländern gibt es noch erheblichen Nachholbedarf. Bundesländer und Kommunen müssen schnell und unbürokratisch winterfeste Unterkünfte errichten können. Deshalb hat der Deutsche Bundestag erleichterte Standards im Baurecht und der Energieeinsparung für Instandsetzungen beschlossen. Zeitlich begrenzt sind diese Erleichterungen gerechtfertigt. Allerdings müssen wir auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene darauf achten, dass im Zuge dieser großen Herausforderung keine Schrottimmobilien mit hohen Folge- und Nebenkosten entstehen. Es ist skandalös, dass die Immobilienlobby im Zuge der Notsituation der Schutzsuchenden nun lang erkämpfte Standards für den Neubau schleifen möchte.

BAU AUF, BAU AUF

Zu lange hat die Bundesregierung, haben Bauministerin Hendricks und Bundeskanzlerin Merkel, Länder und Kommunen bei der Unterbringung der Geflüchteten allein gelassen. Wir haben schon im letzten Winter von der Bundesregierung ein Bauprogramm für die Unterbringung von Geflüchteten gefordert. Passiert ist nichts. Statt sich mit Tatkraft dem Thema Neubau von dezentralen Unterkünften zu widmen, hat Hendricks in Bündnissen mit der Immobilienwirtschaft palavert. Ohne Neubau können wir den Menschen, die zu uns kommen, keine menschenwürdige Unterbringung zur Verfügung stellen. Es ist kein Märchen, dass Unterkünfte auch schnell, preiswert und mit hohen Standards gebaut werden können. Durch Musterbauordnungen sowie modulare oder Holzständer-Bauweise können Verfahren massiv beschleunigt werden, ohne Abstriche bei Qualität und energetischer Beschaffenheit.

UNSERE VERANTWORTUNG: **MENSCHENWÜRDIGE UNTERBRINGUNG**



KEINE LÖSUNG: ENTEIGNUNG UND BESCHLAGNAHMUNG

Die Debatte um Enteignung von Wohnraum ist unnötig und hat in den letzten Wochen viel Unruhe gestiftet. Wir werden die Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht mit Enteignungen und Beschlagnahmungen lösen können. Häuslebesitzerinnen und Häuslebesitzer müssen keine Angst um ihre vier Wände haben. Kündigungen von Mieterinnen und Mietern durch Kommunen sind verantwortungslose Einzelfälle, die juristisch fragwürdig und sozial nicht akzeptabel sind. Allerdings ist es legal und kann in Notfällen auch legitim sein, einzelne leerstehende Baumärkte oder Lagerhallen für die Notunterbringung von Flüchtenden zu öffnen. Notfalls auch gegen den Willen der Eigentümerinnen und Eigentümer. Dabei handelt es sich aber um zeitlich befristete Beschlagnahmungen mit entsprechender Entschädigung. Insbesondere Zweckentfremdungsverbote sind ein richtiger Weg, um spekulativen Leerstand und Wohnungen als Ferienunterkünfte oder Gewerbeflächen zu verhindern. In Orten mit Wohnungsknappheit steht Wohnraum leer, um die Preise nach oben zu treiben. In Baden-Württemberg gehen Dieter Salomon in Freiburg und Fritz Kuhn in Stuttgart voran, um diese unverantwortlichen Praktiken von Immobilienspekulanten zu beenden.

BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE MENSCHEN

Viele der Menschen, die bei uns Schutz suchen, werden dauerhaft bleiben. Deshalb ist es wichtig, dass wir neben winterfesten temporären Quartieren auch die

dauerhafte Unterbringung in den Blick nehmen. Flüchtlinge sind wie junge Familien, Studierende und Geringverdienende auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Aber unsere Wohnungsmärkte in den Ballungsräumen sind seit Jahren chronisch überlastet. In Baden-Württemberg befinden sich 17 der 30 teuersten Städte Deutschlands. Die Zahl der Sozialwohnungen ist in den letzten Jahren in Deutschland enorm gesunken. 1987 existierten noch vier Millionen Sozialwohnungen, heute sind in ganz Deutschland nur noch 1,5 Millionen davon übrig. Die von der Bundesregierung beschlossenen zusätzlichen 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau reichen vorne und hinten nicht aus. Um den Bedarf auch nur ansatzweise zu decken, brauchen wir mindestens 2 Milliarden Euro.

Ende der 80er Jahre haben Union und FDP unter Helmut Kohl die Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft. Diese fatale Entscheidung muss rückgängig gemacht werden. Wohnen ist vom Grundbedürfnis zur Ware verkommen. Hunderttausende Wohnungen wurden privatisiert. Heutzutage entscheiden Investoren und Renditeerwartungen über das Grundbedürfnis Wohnen. Politik, Markt und Zivilgesellschaft müssen in einen Dialog treten und zu einer Wohnungsgemeinnützigkeit zurück finden. Nur so können wir dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen schaffen.



BEATE MÜLLER-GEMMEKE

SPRECHERIN FÜR ARBEITNEHMERINNENRECHTE

WWW.MUELLER-GEMMEKE.DE

Tel. 030 / 227-73041 Fax 030 / 227-76041 beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Gartenstraße 18, 72764 Reutlingen

Tel. 07121 / 9092411, Fax 07121 / 9943186, beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

FRAUEN VERDIENEN MEHR

„Jeder Mitgliedsstaat wird den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden.“ So schrieben es die Römischen Verträge bei der Gründung der EU vor mehr als 50 Jahren fest. Doch an der Umsetzung dieses Satzes hapert es seit Jahrzehnten. Frauen verdienen in der Regel weniger als Männer. Damit muss Schluss sein und deshalb haben wir einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Vollzeitbeschäftigte Frauen – so fand das WSI heraus – verdienen brutto monatlich je nach Beruf zwischen 158 und 1.148 Euro weniger als Männer. Prozentual ist das eine Lohnlücke zwischen 6 und 28 Prozent. Kurzum – schlecht bezahlte Arbeit ist noch immer häufig Frauensache. Das ist kein neues Phänomen. Seit Jahren diskutieren wir über diese Ungerechtigkeit und müssen uns dabei allerlei Unsinn anhören. So meinte beispielsweise die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder: Frauen sollten halt mehr technische Berufe erlernen, dann verdienen sie auch mehr. Aber die Entgeltdiskriminierung ist nicht allein ein Nischenproblem der klassischen „Frauenberufe“. Sie zieht sich quer durch alle Beschäftigungsfelder. Natürlich verdient eine studierte Bauingenieurin mehr als eine Altenpflegerin, aber – und hier liegt das Problem – sie verdient dennoch weniger als ihr männlicher Kollege.

Frauen mit Hochschulabschluss verdienen 24 Prozent weniger als Männer – Fachhochschulabsolventinnen sogar 28 Prozent. Außerdem bekommen Frauen niedrigere Gewinnbeteiligungen, Sonder- und Bonuszahlungen. Und sie werden seltener befördert als Männer. Bezogen auf die zehn am höchsten dotierten Berufe hören die Einkommen gut verdienender Frauen dort auf, wo die Einkommen gut verdienender Männer gerade erst

anfangen. Das hat Astrid Ziegler für den WSI-FrauenDatenReport errechnet. Die Plätze 1 bis 3 unter den weiblichen Spitzenverdienerinnen mit einem monatlichen Bruttoverdienst von bis zu 4.400 Euro – dazu zählen z.B. Juristinnen, Physikerinnen und Unternehmerinnen – kommen demnach bei den Männern nicht einmal unter die Top-Ten.

22 PROZENT WENIGER LOHN

Das Fazit: Im Jahr 2014 verdienten Frauen im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer, bei Frauen lag der Stundenlohn bei 15,83 Euro pro Stunde, bei Männern bei 20,20 Euro. Dieser so genannte „unbereinigte Gender Pay Gap“ ergibt sich aus dem Durchschnittsverdienst aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über alle Berufe der Gesamtwirtschaft hinweg ohne Berücksichtigung individueller Merkmale. Auf europäischer Ebene liegt Deutschland noch immer weit hinten auf dem drittletzten Platz, wenn es um den Gender Pay Gap geht, schlechter sind nur noch Estland und Österreich.

Natürlich gibt es verschiedene Gründe für die Lohnlücke: Eine Ursache liegt in den geringeren Aussichten auf das Erreichen von Führungspositionen mit entsprechendem Einkommen. Und natürlich spielt es eine große Rolle, dass die meisten Frauen nach der Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Christina Boll vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass Mütter, die für ihr Kind drei Jahre aus ihrem Beruf aussteigen – je nach Bildungsniveau – allein bis zu ihrem 46. Lebensjahr eine Bruttolohnsumme von bis zu 100 000 Euro verlieren. Werden all diese Faktoren aus dem Gender Pay Gap herausgerechnet, dann bleibt noch immer mindestens eine Lohnlücke von sieben Prozent und die zeigt: Hier werden Frauen schlicht schlechter bezahlt, weil sie Frauen sind.

FRAUEN VERDIENEN MEHR



GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE UND GLEICHWERTIGE ARBEIT

Allerdings geht es nicht nur darum, dass Arbeit gleich bezahlt wird. Es geht auch um „gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“. Denn frauendominierte Berufe werden deutlich schlechter bezahlt als männerdominierte klassische Industrierberufe. Auf ein Berufsleben gerechnet (40 Jahre) beträgt der Lohnunterschied zwischen einer Erzieherin und einem KFZ-Mechaniker beispielsweise rund 211.000 Euro. Das zeigt eindrücklich: Die Entlohnung entspricht nicht dem tatsächlichen Wert der Arbeit. Deutlich wurde das unlängst auch beim Tarifkonflikt der Sozial- und Erziehungsberufe. Hier wurde eine breite öffentliche Diskussion über den Wert von Arbeit angestoßen. Denn es ging den Streikenden um die längst überfällige Aufwertung ihrer Arbeit.

Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ ist nicht nur gerecht, sondern auch aus rein pragmatischen Gründen dringend nötig. Niedrige Einkommen führen zu kleinen Renten. Frauen sind auch deswegen besonders von Altersarmut bedroht. Nach einer Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend liegt der „Gender Pension Gap“ in Deutschland bei rund 59 Prozent. Das heißt, die Renten von Frauen sind um 59 Prozent niedriger als die von Männern. Diese traurige Realität gilt es endlich zu ändern.

ENTGELTGLEICHHEITSGESETZ IST NOTWENDIG

Die SPD fordert mehr Transparenz in Unternehmen ab 500 Beschäftigte – das ist uns zu wenig. Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz. Tarifpartner und Betriebe müssen nach diesem Gesetz alle bestehenden Tarifverträge und auch nichttarifliche Entgeltregelungen auf Entgelt-

diskriminierung hin überprüfen, und zwar auf der Grundlage von geschlechtsneutralen Kriterien und mit Hilfe eines analytischen Arbeitsbewertungsverfahrens. Dabei geht es nicht nur um offensichtliche Lohn- und Gehaltsunterschiede bei gleichwertiger Arbeit. Es geht auch um versteckte Entgeltdiskriminierung – wenn Teilzeitkräfte beispielsweise von bestimmten Vergünstigungen ausgenommen sind. Werden Entgeltdiskriminierungen gefunden, müssen sie natürlich innerhalb einer gewissen Frist beseitigt werden, sonst greifen Sanktionen. Außerdem wollen wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit ins Boot holen. Sie soll Expertinnen und Experten berufen, die die Betriebe beraten und ihnen in Konfliktfällen schlichtend zur Seite stehen. Die Antidiskriminierungsstelle soll auch eine Kontrollbefugnis erhalten und zusätzlich eine Beschwerdestelle einrichten. Um die Frauen zu stärken, brauchen wir zudem endlich ein richtiges Verbandsklagerecht – auch für Gewerkschaften, damit sie stellvertretend für die Betroffenen klagen können.

Kritiker bezeichnen solch ein Gesetz gleich wieder als Bürokratiemonster. Da halte ich heftig dagegen. Denn das Recht auf Entgeltgleichheit ist im Grundgesetz verankert. Allein schon das Abwägen zwischen Grundrecht und bürokratischem Aufwand ist nicht akzeptabel. Es muss vielmehr festgestellt werden, dass in Deutschland, obwohl kein Mangel an Fakten besteht, bis dato keine umfassende politische Strategie existiert, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ durchzusetzen. Aber genau solch eine Strategie ist notwendig, denn Entgeltgleichheit ist keine Verhandlungssache. Und Entgeltdiskriminierung ist auch kein individuelles Problem der Frauen, sondern ein gesellschaftliches Problem. Damit muss endlich Schluss sein. Die Arbeit von Frauen darf es nicht länger zum Schnäppchenpreis geben!



CEM ÖZDEMİR

WWW.OEZDEMIR.DE

Tel. 030 / 227-75070, Fax 030 / 227-76069, cem.oezdemir@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Königstrasse 78 70173 Stuttgart

Tel. 0711 / 65832900, Fax 0711 / 65832901, cem.oezdemir.ma05@bundestag.de

DIE WAHLEN IN DER TÜRKEI: MACHTERHALT AUF KOSTEN DER MEINUNGSFREIHEIT

Die Türkei ist in den letzten Monaten wieder stark ins Interesse der deutschen Medien gerückt – leider vor allem mit Negativschlagzeilen. Auch ich habe mich wieder intensiv mit der Lage vor Ort beschäftigt und bin ins Land gereist.

Bei den Parlamentswahlen im Juni gab es zunächst großen Grund zur Freude. Die progressive HPD, die wir Grüne im Wahlkampf unterstützt hatten und der auch unsere türkische Schwesterpartei „Yeşiller ve Sol Gelecek Partisi“ als Bündnispartner angehört, kam auf 13 Prozent der Stimmen und nahm damit locker die Zehn-Prozent-Hürde, die für den Einzug ins türkische Parlament gilt. Die HDP setzt sich für eine Türkei ein, die die demokratischen Rechte aller Bürgerinnen und Bürger garantiert, Religionsfreiheit sichert, Geschlechterdemokratie fördert, die Umwelt schützt und eine auf Versöhnung gerichtete Politik verfolgt. Wem dieses Ergebnis jedoch nicht schmeckte, war Ex-Ministerpräsident, jetzt Staatspräsident Erdoğan und seiner Partei, der konservativen AKP. Er ließ die Koalitionsverhandlungen mit möglichen Partnern scheitern und erzwang so Neuwahlen am 1. November. Die Strategie zahlte sich aus für ihn – die AKP errang mit fast 50 Prozent der Stimmen wieder eine absolute Mehrheit. Die HDP schaffte hingegen nur noch knapp den Einzug ins Parlament. Koalitionsverhandlungen kann Erdogan sich jetzt sparen.

AUSBRUCH VON GEWALT UND REPRESSION ANDERSDENKENDER

Die politische Unsicherheit vor den Neuwahlen ging einher mit einer massiven Ausgrenzung Andersdenken-

der. Nationalisten griffen Parteibüros der HDP an und attackierten Journalisten. Ende Juli kündigte die AKP-Regierung den Friedensprozess mit der PKK auf. Dies war besonders tragisch, weil es noch im Frühjahr große Hoffnung auf einen baldigen Friedensschluss gegeben hatte. Die türkische Regierung und die PKK verstrickten sich wieder in eine Spirale der Gewalt – die PKK mordete wieder, die AKP-Regierung bombardierte die PKK. Als türkische Truppen die Stadt Cizre, die hauptsächlich von Kurdinnen und Kurden bewohnt ist, im September tagelang abriegelten, nahmen sie die 110.000 Einwohner quasi in Geiselhaf für die Verbrechen der PKK. Ich war selbst kurz danach vor Ort, um mir ein Bild von der bedrückenden Lage zu machen.

Trauriger Höhepunkt der Gewaltwelle war der Anschlag in Ankara am 10. Oktober. Beim schlimmsten Terroranschlag in der Geschichte der Türkei kamen nach offiziellen Angaben etwa 100 Menschen ums Leben, hunderte wurden verletzt. Nach den Anschlägen in Diyarbakir im Juni und in Suruç im Juli starben wieder unschuldige, überwiegend junge Menschen, die sich für Frieden und Verständigung, für ein respektvolles Zusammenleben aller ethnischen und religiösen Gruppen in der Türkei eingesetzt haben. Entsetzlich ist auch, dass die Polizei Helfer mit Tränengas daran gehindert hat, den Verletzten zu Hilfe zu eilen.

Bisherige Ermittlungen haben ergeben, dass die Selbstmordattentäter Verbindungen zum Islamischen Staat (IS) gehabt haben sollen. Doch die türkische Opposition erhebt auch schwere Vorwürfe gegen die türkische Regierung. Die Bomben explodierten unter den Augen eines riesigen Sicherheitsapparates und unzähliger Überwachungskameras.

WAHLEN IN DER TÜRKEI

MACHTERHALT *AUF KOSTEN DER*

MEINUNGSFREIHEIT

Fakt ist: Die Anschläge haben in einer Zeit von massiver Einschüchterung und Angriffen auf die türkische Opposition und regierungskritische Medien stattgefunden. In der Türkei herrscht ein Klima des Hasses und der Angst. Türken und Kurden, die seit Jahrhunderten in Anatolien zusammengelebt haben und weiterhin zusammenleben werden, werden gegeneinander aufgewiegelt.

Um es klar zu sagen: Wir Grüne wenden uns deutlich und unmissverständlich auch gegen die Gewalt der PKK. Die aktuelle Eskalation ist ein großer Fehler, unter dem vor allem unschuldige Menschen in der Türkei bitter leiden. Und vergessen wir nicht: Es war die AKP-Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Erdoğan, die Friedensgespräche mit Abdullah Öcalan aufnahm.

FÜR SEINEN MACHTERHALT SETZT ERDOĞAN DIE TÜRKISCHE DEMOKRATIE AUFS SPIEL

Doch statt auf einen Ausgleich mit den Kurden setzt Staatspräsident Erdoğan nun alles auf die nationalistische Karte. Immer mehr drängt sich der Eindruck auf, dass es ihm nur noch um seinen Machterhalt geht. Dafür ist er offensichtlich bereit, demokratische Institutionen – von frei gewählten Abgeordneten der Oppositionsparteien über die Justiz bis hin zu unabhängigen Medien – zu schleifen oder gar auszuschalten. Wer sich noch traut, Kritik zu üben, lebt mittlerweile gefährlich. Vor diesem Hintergrund erscheint es absurd, dass die Europäische Union vorhat, die Türkei im jetzigen Zustand zum sicheren Herkunftsstaat zu machen. Dass die EU vor den Neuwahlen auch noch die Veröffentlichung ihres jährlichen Fortschrittsberichts über den EU-Beitrittskandidaten Türkei zurückhielt, sollte uns mehr als nachdenklich stimmen.

DER EINZIGE AUSWEG AUS DER GEWALT: EINE STABILE UND PLURALISTISCHE DEMOKRATIE

Deutschland will und braucht eine starke und stabile Türkei, die sich nach Europa ausrichtet. All dies kann es nur in einer funktionierenden Demokratie geben. Daher war es ein großer Fehler von Bundeskanzlerin Angela Merkel, als sie 2005 die Regierung von Rot-Grün übernahm, sich nicht im selben Maße um die Türkei zu kümmern wie zuvor Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer. Und es war auch falsch von ihr, nur zwei Wochen vor der Parlamentswahl genau den Mann zu besuchen, dessen Reformen sie ursprünglich nicht unterstützen wollte und der sich jetzt zu einem autoritären Alleinherrscher wandelt. Das grenzt an Wahlkampfhilfe – zumal sie gleichzeitig die pro-europäische Opposition ignorierte, die unsere Werte teilt.

Der einzige Weg, um den Kurdenkonflikt und die Probleme in der Türkei zu lösen, ist ein frei und demokratisch gewähltes Parlament. Die massive Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit im Vorfeld der Wahlen haben den Abstimmungsprozess am 1. November jedoch beeinträchtigt. Hoffnung macht, dass Erdogan trotz seines fulminanten Wahlsiegs die verfassungsändernde Mehrheit fehlt, um die Türkei in ein Präsidialsystem à la Putin zu verwandeln. Nun liegt es in den Händen der türkischen Abgeordneten, diesen Plan zu vereiteln.

Es ist richtig, dass wir mit der Türkei über die Bewältigung der Flüchtlingskrise reden und ihr vor allem tatkräftig helfen müssen. Aber dabei kommt es auch darauf an, welche Türkei wir als Partner wollen: eine demokratische oder eine autoritäre.



DR. GERHARD SCHICK

SPRECHER FÜR FINANZPOLITIK

WWW.GERHARDSCHICK.NET

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.schick@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Kaiserring 38, 68169 Mannheim

Tel. 0621 / 4017252, Fax 0621 / 4018469, gerhard.schick@wk.bundestag.de

BETRÜGEREIEN AM FINANZMARKT (CUM-EX): DIE AUFARBEITUNG KANN BEGINNEN

Zehn Jahre lang konnten Finanzmarktakteure die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ausplündern. Schätzungsweise 12 Milliarden Euro wurden uns gestohlen, weil die verschiedenen staatlichen Stellen nicht in der Lage waren, diese Betrügereien rechtzeitig zu stoppen. Profitiert haben die beteiligten Banken und die Millionär*innen, die in die entsprechenden Finanzprodukte investiert haben. Verloren haben die ehrlichen Steuerzahler*innen, deren Geld nicht für öffentliche Leistungen verwendet, sondern ohne Gegenleistung an Millionär*innen überwiesen wurde. Dieser Skandal verbirgt sich hinter dem Stichwort Cum-Ex.

CUM-EX – CUM-WAS?

Bei Cum-Ex Geschäften handelt es sich um eine Finanzkonstruktion, in die mehrere Akteure involviert sind. Diese schieben Aktien rund um den Dividendenstichtag – also dem Tag, an dem jährlich Gewinnanteile eines Unternehmens an die Aktionär*innen ausgeschüttet werden – untereinander hin und her. Mit Hilfe eines Leerverkaufes (jemand verkauft etwas, was er*sie noch gar nicht besitzt) wird eine Situation herbeigeführt, in der vermeintlich zwei Akteure die gleiche Aktie besitzen. Somit haben vermeintlich beide Besitzer*innen der Aktie eine Dividende erhalten und darauf die Kapitalertragssteuer von 25% bezahlt. Darum fordern jetzt auch beide Akteure diese Steuer vom Finanzamt zurück. Dies

geht darum, weil Finanzakteure und Unternehmen, die Kapitalertragssteuer unter bestimmten Bedingungen zurückerstattet bekommen. Da es aber in Wirklichkeit nur eine Aktie gibt, somit nur eine Dividende ausgeschüttet wurde und nur einmal Steuern bezahlt wurde, ist diese doppelte Rückerstattung inakzeptabel. Es kommt einer Situation gleich, in der ein Kind teilweise bei der Mutter und teilweise beim Vater aufwächst. Nun tun die Eltern aber so, als ob es sich um zwei unterschiedliche Kinder handle und beziehen zweimal das Kindergeld.

Dass solche Geschäfte über Jahre von zahlreichen Banken und deren Mitarbeiter*innen getätigt wurden, zeigt für mich einmal mehr deutlich, wie falsch es am Finanzmarkt zugeht. Wenn es anscheinend normal ist zu betrügen, dann krankt das ganze System.

Dass jedoch eine Verstaatlichung der Banken, das Finanzwesen nicht kurieren könnte, zeigt, dass Landesbanken genauso dabei waren, als es darum ging, das Gemeinwesen mit Cum-Ex Geschäften zu plündern.

DIE POLITIK HAT ZUGESCHAUT UND MÖCHTE DIE AUGEN WEITER VERSCHLIESSEN

Bereits 2002 hat der Bankenverband das Bundesministerium der Finanzen (BMF) schriftlich darauf hingewiesen, dass das System der Kapitalertragssteuer in Deutschland betrugsanfällig sei und speziell auf die Cum-Ex Geschäfte hingewiesen. Dieser Hinweis, dass die Türen zum Tresor offenbar offen stünden, nahm das

BETRÜGEREIEEN AM FINANZMARKT (CUM-EX): DIE AUFARBEITUNG KANN BEGINNEN

BMF jedoch nicht so ernst und auch die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht), die die Finanzmarktakteure überwachen sollte, blieb über Jahre untätig, obwohl die Banken da im Milliardenumfang tätig waren.

Auch dass die Gesetzesänderung von 2007, die Cum-Ex Geschäfte zwischen inländischen Akteuren unterbindet, nur eine Teillösung darstellte, war der Regierung klar. Erst 2012 wurde schließlich das Gesetz so verändert, dass Cum-Ex Geschäfte nun nicht mehr getätigt werden können. Doch damit geht das Fuchs und Hase Spiel am Finanzmarkt nur in die nächste Runde. Bereits werden wieder Cum-Cum Geschäfte gemeldet, die die Steuerzahler*innen erneut Milliarden kosten.

Inzwischen haben die Staatsanwaltschaften angefangen gegen Cum-Ex Betrüger*innen zu ermitteln und treiben somit die juristische Bewältigung des Skandals voran. Doch die Politik und Verwaltung – diejenigen, die wissend dem Betrug zugesehen haben – geben sich wenig selbstkritisch. Die große Koalition hat bis jetzt eine Aufklärung verhindert. Die Koalitionsfraktionen haben zuletzt unseren Antrag auf einen Sonderermittler abgelehnt. In der Parlamentsdebatte wurde deutlich, dass die Koalition die Unfähigkeit des Staates, den Betrug zu verhindern, nicht aufarbeiten will.

WIR WOLLEN WISSEN, WARUM WIR 12 MILLIARDEN STEUERGELDER AN REICHE VERSCHENKT HABEN

Wir nehmen im Gegensatz zur Regierung unsere Verantwortung für die Steuergelder ernst. Wir werden darum zusammen mit der Fraktion DIE Linke in der kommenden Woche einen Untersuchungsausschuss beantragen. Im Rahmen dessen haben wir die Möglichkeit, einen Ermittlungsbeauftragten einzusetzen, der die Arbeit des Ausschusses unterstützt. So können wir als Opposition die Regierung dazu bringen, die Aufklärung nicht weiter zu blockieren, sondern das jahrelange Versagen staatlicher Institutionen – Steuerverwaltung, Finanzaufsicht, Landesbanken, Gesetzgebung – im Zusammenhang mit diesen Geschäften aufzuarbeiten. Warum es 10 Jahre brauchte, um diese Betrügereien zu stoppen. Und warum die Bankenaufsicht über Jahre zugelassen hat, dass die Banken kriminelle Geschäfte in Milliarden-Umfang machten.

Ein erstes positives Ergebnis hat es schon, dass wir da Druck machen. Für die derzeit noch laufenden ähnlichen Geschäfte (sogenannte Cum-Cum-Geschäfte) hat nach langer Untätigkeit das Finanzministerium nun die Bereitschaft erkennen lassen, diese endlich zu stoppen – zufällig wenige Tage, nachdem wir den Untersuchungsausschuss angekündigt haben.

BETREUUNGSWAHLKREISE

AALEN	Harald Ebner
ALB-DONAU	Beate Müller-Gemmeke
BIBERACH	Agnieszka Brugger
BODENSEEKREIS	Agnieszka Brugger
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD	Kerstin Andreae
BÖBLINGEN	Matthias Gastel
CALW	Beate Müller-Gemmeke
EMMENDINGEN	Kerstin Andreae
ESSLINGEN	Matthias Gastel
ETTLINGEN	Sylvia Kotting-Uhl
FREIBURG	Kerstin Andreae
FREUDENSTADT	Beate Müller-Gemmeke
GÖPPINGEN	Matthias Gastel
HARDT	Gerhard Schick
HEIDELBERG	Franziska Brantner
HEIDENHEIM	Matthias Gastel
HEILBRONN	Gerhard Schick
HOHENLOHE	Harald Ebner
KARLSRUHE	Sylvia Kotting-Uhl
KARLSRUHE/LAND	Sylvia Kotting-Uhl
KONSTANZ	Gerhard Schick
LUDWIGSBURG	Cem Ozdemir
LÖRRACH	Kerstin Andreae
MAIN-TAUBER	Harald Ebner
MANNHEIM	Gerhard Schick
NECKAR-ODENWALD	Franziska Brantner
NECKAR-BERGSTRASSE	Franziska Brantner
ODENWALD-KRAICHGAU	Gerhard Schick
ORTENAU	Sylvia Kotting-Uhl
PFORZHEIM/ENZKREIS	Gerhard Schick
RASTATT/BADEN-BADEN	Sylvia Kotting-Uhl
RAVENSBURG	Agnieszka Brugger
REMS-MURR	Cem Ozdemir
REUTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ROTTWEIL	Chris Kühn
SCHWARZWALD-BAAR	Chris Kühn
SCHWÄBISCH GMUND	Harald Ebner
SCHWÄBISCH HALL	Harald Ebner
SIGMARINGEN	Agnieszka Brugger
STUTTGART	Cem Ozdemir
TUTTLINGEN	Chris Kühn
TÜBINGEN	Chris Kühn
ULM	Beate Müller-Gemmeke
WALDSHUT	Kerstin Andreae
WANGEN	Agnieszka Brugger
ZOLLERNALB	Chris Kühn

SÜDWESTGRÜN erscheint drei- bis viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

SÜDWESTGRÜN wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwestgrün“ an harald.ebner@bundestag.de. Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse!

Ältere Ausgaben aus den vorangegangenen Wahlperioden sind im **SÜDWESTGRÜN**-Archiv auf www.kotting-uhl.de zu finden.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden- Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“. Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir ja leider nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für eurem Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer aktuell unter **WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE**

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Harald Ebner, MdB (Landesgruppensprecher)
Redaktion & Gestaltung: Sönke Guttenberg
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. 030 / 227 73025
 Fax 030 / 227 76025
harald.ebner@bundestag.de